

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Hinweise zur Zitierung von Literatur	XXXVIII

Theoretische Einleitung

I. Rechtswissenschaft und Recht	1
II. Recht und Verfassungsrecht	1
III. Der Stufenbau der Rechtsordnung	3
IV. Verfassungsrechtslehre, Verfassungsgeschichte, Verfassungspolitik	3

Erster Teil: Entwicklung und Stand des österreichischen Verfassungsrechts

1. Kapitel: Die Entwicklung des österreichischen Verfassungsrechts	5
I. Entwicklung im dogmatischen und im rechtshistorischen Sinn; Kontinuität und Diskontinuität	5
II. Die historische Entwicklung des österreichischen Verfassungsrechts	6
A. Die Pragmatische Sanktion – Aufgeklärter Absolutismus	7
B. Die „Revolution 1848“ – Die Pillersdorffsche Verfassung	8
C. Der Kremsierer Entwurf 1848/49	11
D. Die oktroyierte Märzverfassung 1849	13
E. Das Sylvesterpatent 1851	14
F. Das Oktoberdiplom 1860	15
G. Das Februarpatent 1861	17
H. Das Sistierungspatent 1865	19
I. Die österreichisch-ungarische Monarchie	19
J. Die Dezemberverfassung 1867	20
K. Die Republik Österreich (1. Republik)	23
1. Die Bildung der Republik Deutschösterreich	24
2. Die konstituierende Nationalversammlung	26
3. Der Staatsvertrag von St. Germain	26
4. Die Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920	26
5. Die Bundesverfassungsnovelle 1925	28
6. Die Bundesverfassungsnovelle 1929	28
L. Die Verfassung 1934	29
M. Der „Anschluß“	30
III. Die Entwicklung der Verfassungs(rechts)wissenschaft in Lehre und Forschung	31
IV. Die kontinuierliche Entwicklung des österreichischen Verfassungsrechts (2. Republik)	33
A. Der Beginn der kontinuierlichen Entwicklung des österreichischen Verfassungsrechts	33
B. Die Weiterentwicklung des österreichischen Verfassungsrechts	34
1. Die Zeit der Vorläufigen Verfassung (1. 5. 1945 – 19. 12. 1945) ..	34
Exkurs: Die Rechtsüberleitung	36

	Seite
2. Die Verfassungsentwicklung vom 19. 12. 1945 bis zum Inkrafttreten des Staatsvertrages v Wien (27. 7. 1955)	39
3. Die Verfassungsentwicklung vom Inkrafttreten des Staatsvertrages von Wien (27. 7. 1955) bis zur Gegenwart (1. 1. 2)	40
Exkurs: Die Entwicklung des Landesverfassungsrechts	47
2. Kapitel: Der Stand des österreichischen Bundesverfassungsrechts	49
3. Kapitel: Reformtendenzen	51
I. Allgemeines	52
II. Einzelne Reformvorhaben	54
4. Kapitel: Die Wiederverlautbarung	57
I. Allgemeines	57
II. Gegenstand der Wiederverlautbarung	57
III. Die Rechtswirkungen der Wiederverlautbarung	58
5. Kapitel: Interpretation und Anwendung des Verfassungsrechts	58
I. Grundlegende Begriffe und Probleme	59
1. Die Interpretation	59
2. Die Interpretation von verschiedenen Rechtserscheinungen	60
3. Interpretation und Rechtsanwendung	60
II. Die Interpretation des österreichischen Verfassungsrechts	61
III. Die Analogie	65
6. Kapitel: Literatur und Judikatur zum österreichischen Verfassungsrecht	66
1. Quellensammlungen	66
2. Materialiensammlungen	66
3. Kommentare	66
4. Systematische Darstellungen	67
5. Monographien	67
6. Entscheidungssammlungen	67
7. Indices	68
8. Zeitschriften	68
9. Publikationsreihen	68
10. Automationsunterstützte Datenabfrage	68

Zweiter Teil: Grundlagen

1. Kapitel: Die Grundprinzipien des österreichischen Verfassungsrechts	70
I. Grundlegende Begriffe und Probleme	70
II. Das demokratische Prinzip	71
Exkurs: Die politischen Parteien	75
III. Das republikanische Prinzip	77
IV. Das bundesstaatliche Prinzip	78
V. Das gewaltentrennende Prinzip	80
VI. Das liberale Prinzip	81
VII. Das rechtsstaatliche Prinzip	81
Exkurs: Die staatsrechtliche Bedeutung der immerwährenden Neutralität Österreichs	83
2. Kapitel: Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatssprache und staatliche Symbole	85
I. Das Staatsgebiet (Bundesgebiet und Landesgebiete)	85
A. Grundlegende Begriffe und Probleme	85
B. Die Bedeutung der verfassungsrechtlichen Festlegung des Bundesgebiets und der Landesgebiete	86
1. Die Festlegung des Bundesgebiets	86
2. Die Festlegung der Landesgebiete	87

	Seite
C. Die Begrenzung des Bundesgebiets und der Landesgebiete	88
1. Die Begrenzung des Bundesgebiets	88
2. Die Begrenzung der Landesgebiete	89
D. Änderung, Festlegung und Vermarkung des Bundesgebiets und der Landesgebiete	89
1. Änderung des Bundesgebiets und der Landesgebiete	90
2. Festlegung des Bundesgebiets und der Landesgebiete	90
3. Vermarkung der Bundesgrenzen und der Landesgrenzen	90
E. Das Bundesgebiet als einheitliches Währungs-, Wirtschafts- und Zollgebiet	90
1. Das Bundesgebiet als einheitliches Währungsgebiet	91
2. Das Bundesgebiet als einheitliches Wirtschaftsgebiet	91
3. Das Bundesgebiet als einheitliches Zollgebiet	92
F. Die Bundeshauptstadt	92
II. Das Staatsvolk (Bundesvolk und Landesvolk)	92
A. Grundlegende Begriffe und Probleme	93
B. Der Kreis der Verpflichteten (Normadressaten, Rechtsunterworfenen)	93
C. Der Kreis der Ermächtigten	94
D. Die Staatsbürgerschaft	95
1. Begriff und Bedeutung der Staatsbürgerschaft	95
2. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des österreichischen Staatsbürgerschaftsrechts	95
Exkurs: Das Staatsbürgerschaftsrecht	96
III. Die Staatssprache	97
IV. Die staatlichen Symbole	98
A. Das Staatswappen	98
B. Das Staatssiegel	99
C. Die Staatsfarben und die Staatsflagge	99
D. Die Staatshymne	99
3. Kapitel: Das Völkerrecht und die österreichische Rechtsordnung	100
I. Die Transformation von Völkerrecht in das innerstaatliche Recht	100
A. Der Begriff der Transformation	100
B. Spezielle und generelle Transformation	101
C. Die rechtliche Bedeutung völkerrechtswidriger Staatsakte	101
II. Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts	101
A. Der Begriff der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts	102
B. Der Rang der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts	102
III. Abschluß und Transformation von Staatsverträgen	103
A. Der Begriff des Staatsvertrages	104
B. Staatsverträge des Bundes	105
1. Die zum Abschluß von Staatsverträgen berufenen Organe	105
2. Das Abschlußverfahren	107
3. Kundmachung und Inkrafttreten der Staatsverträge	107
4. Außerkrafttreten der Staatsverträge	108
5. Der Erfüllungsvorbehalt	109
C. Staatsverträge der Länder	110
1. Allgemeines	111
2. Umfang der Kompetenz und Vertragspartner	111
3. Organe und Verfahren des Vertragsabschlusses	111
4. Kundmachung, Inkrafttreten, Durchführung und Außerkrafttreten von Staatsverträgen	112
IV. Einseitige völkerrechtliche Rechtsgeschäfte	112
V. Supranationales Recht	113

	Seite
Exkurs: Das Recht der Europäischen Union und die österreichische Rechtsordnung	114
I. Die Europäische Union (EU)	114
II. Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union	117
III. Das Recht der Europäischen Union	118
IV. Das Recht der Europäischen Union im Rahmen der österreichischen Rechtsordnung	119
V. Bundesverfassungsrechtliche Regelungen betreffend die Bestellung und die Tätigkeit von Organen der Europäischen Union	122
A. Die Bestellung von Organen	122
B. Die Mitwirkung des Nationalrats und des Bundesrats an der Tätigkeit Österreichs in der Europäischen Union	123
C. Die Mitwirkung der Länder an der Tätigkeit Österreichs in der Europäischen Union	124
D. Besondere Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union auf Grund des Titels V des EUV	125
VI. Auswirkungen des Beitritts zur Europäischen Union auf das österreichische Rechtssystem und das Rechtssystem der Europäischen Union	125
A. Ausschluß des österreichischen Rechtsschutzsystems hinsichtlich der Anfechtung von EU-Recht	126
B. Anfechtung innerstaatlicher Rechtsakte wegen EU-Rechtswidrigkeit	127
C. Rechtsschutz gegen Akte des EU-Rechts oder Säumnis von Organen der Europäischen Union	130
D. Die Vorabentscheidung	130
4. Kapitel: Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	131
I. Grundbegriffe	131
A. Kompetenz-Kompetenz	132
B. Die Kompetenz zur Gesetzgebung und die Kompetenz zur Vollziehung	134
C. Das Adhäsionsprinzip	135
D. Die Bedarfskompetenz	136
II. Die allgemeine Kompetenzverteilung	138
A. Die Zuständigkeit des Bundes zur Gesetzgebung und zur Vollziehung	140
B. Die Zuständigkeit des Bundes zur Gesetzgebung, des Landes zur Vollziehung	141
C. Die Zuständigkeit des Bundes zur Grundsatzgesetzgebung, des Landes zur Ausführungsgesetzgebung und zur Vollziehung	141
D. Die Zuständigkeit des Landes zur Gesetzgebung und zur Vollziehung	142
III. Die besondere Kompetenzverteilung	143
A. Sonderfälle zur allgemeinen Kompetenzverteilung	143
B. Die Kompetenzverteilung auf dem Gebiet des Finanzwesens	144
1. Die Ertragshoheit – Abgabentypen	145
2. Die Verteilung der Besteuerungsrechte (Abgabenerhebungs-kompetenz)	146
3. Die Kostenregelungskompetenz	149
4. Finanzaufweisungen und Zuschüsse	150
5. Kreditwesen	151
C. Die Kompetenzverteilung auf dem Gebiet des Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesens	151
D. Die Kompetenzverteilung auf dem Gebiet der Privatwirtschaftsverwaltung	152
IV. Die Interpretation der Kompetenznormen	153

Dritter Teil: Die Gesetzgebung des Bundes

1. Kapitel: Der Nationalrat	156
I. Einleitung	156
II. Die Wahl der Mitglieder des Nationalrats	156
A. Materielles Wahlrecht	157
1. Die Wahl durch das Bundesvolk	157
2. Die Prinzipien des Wahlrechts	157
3. Das aktive Wahlrecht	160
4. Das passive Wahlrecht	161
5. Die Wahlparteien	161
B. Das Wahlverfahren	161
1. Die Verteilung der Mandate auf die Wahlkreise	162
2. Die Ausschreibung der Wahl	164
3. Die Wahlbehörden	164
4. Die Erfassung der Wahlberechtigten	165
5. Die Wahlvorschläge	167
6. Das Abstimmungsverfahren	167
7. Das erste Ermittlungsverfahren	167
8. Das zweite Ermittlungsverfahren	168
9. Das dritte Ermittlungsverfahren	168
10. Das Wahlergebnis	169
11. Die Anfechtung der Wahl	170
III. Die Konstituierung des Nationalrats und die Bestellung der aus seiner Mitte zu wählenden Organe	170
A. Die Einberufung des Nationalrats	170
B. Die Organe des Nationalrats	170
1. Die Präsidenten des Nationalrats	170
2. Die Schriftführer und Ordner	171
3. Der Hauptausschuß und sein Ständiger Unterausschuß (Art 55 B-VG)	172
4. Der Ständige Unterausschuß in Angelegenheiten der Europäischen Union	173
5. Sonstige Ausschüsse	173
6. Bildung und Funktion von Klubs	174
IV. Die Auflösung des Nationalrats	174
1. Die Auflösung durch Zeitablauf	174
2. Die Auflösung durch Beschluß des NR	175
3. Die Auflösung durch den BPräs	175
V. Die Rechtsstellung der Mitglieder des Nationalrats	175
A. Beginn und Ende der Rechtsstellung	175
1. Beginn der Rechtsstellung	175
2. Ende der Rechtsstellung	176
B. Das freie Mandat	177
C. Die Immunität	177
1. Begriff und Sinn der Immunität	177
2. Die berufliche Immunität	178
3. Die außerberufliche Immunität	178
D. Die Inkompatibilität	180
Exkurs: Die Unvereinbarkeit öffentlicher Funktionen mit Stellungen in der Privatwirtschaft	181
1. Personenkreis	182
2. Verbot der Berufsausübung	182
3. Verbot der Auftragsvergabe	182
4. Verbot des Bekleidens bestimmter leitender Stellungen	183
5. Offenlegungspflicht	185

	Seite
E. Die Pflichten des Abgeordneten	185
Exkurs: Die finanziellen Ansprüche öffentlicher Funktionäre	185
VI. Sitz, Gesetzgebungsperiode und Tagungen des Nationalrats	186
VII. Das Verfahren im Nationalrat	187
A. Die Debatte	188
B. Die Abstimmung	189
C. Die Beurkundung der Verfahrensakte	189
D. Die sachliche Immunität	190
E. Das Verfahren in den Ausschüssen	190
F. Besondere Verfahrensinstrumente	190
VIII. Die Kompetenzen des Nationalrats	190
A. Die Gesetzgebungskompetenz	190
B. Die Kompetenz zur Mitwirkung an der Vollziehung	190
C. Die Kompetenz zur Kontrolle der Vollziehung	191
2. Kapitel: Der Bundesrat	191
I. Rechtsstellung des Bundesrates	191
II. Die Zusammensetzung des Bundesrates	193
III. Die Bestellung der Organe des Bundesrates	194
A. Vorsitzender, Stellvertreter, Schriftführer, Ordner, Fraktionen, Präsidialkonferenz, Administration, Ausschüsse	194
B. Die Rechtsstellung der Mitglieder des Bundesrates	195
IV. Sitz und Verfahren des Bundesrates	196
V. Die Kompetenzen des Bundesrates	197
Exkurs: Die Bundesversammlung	197
1. Organisation und Einberufung der Bundesversammlung	197
2. Rechtsstellung der Teilnehmer	198
3. Verfahren in der Bundesversammlung	198
4. Die Kompetenzen der Bundesversammlung	199
3. Kapitel: Der Weg der Bundesgesetzgebung	199
I. Allgemeines	199
II. Die Erzeugung von Bundesgesetzen	200
A. Die Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens	201
B. Die Behandlung der Gesetzesvorschläge im Nationalrat	205
1. Die Behandlung der Gesetzesvorschläge bis zur Zuweisung an einen Ausschuß	205
2. Das Verfahren in den Ausschüssen des Nationalrats	205
3. Die Zweite Lesung	206
4. Die Dritte Lesung	207
C. Die Mitwirkung des Bundesrates an der Bundesgesetzgebung	207
D. Die Volksabstimmung	209
E. Die Beurkundung des Gesetzesbeschlusses	210
F. Die Kundmachung des Gesetzesbeschlusses	211
III. Besondere Verfahren	212
A. Besondere Verfahren zur Erzeugung von Bundesgesetzen	212
1. Die Erzeugung von Bundesgesetzen unter weitergehender Mitwirkung des Bundesrates	212
2. Die Erzeugung von Bundesgesetzen unter Ausschaltung des Bundesrates	213
3. Die Erzeugung von Bundesgesetzen unter besonderen Abstimmungsbedingungen im Nationalrat	213
4. Die Erzeugung von Bundesgesetzen unter Zustimmung der Länder	214

B. Das Verfahren zur Erzeugung von Bundesverfassungsgesetzen (Verfassungsbestimmungen)	214
1. Die Erzeugung teiländernder Verfassungsgesetze	214
2. Die Erzeugung gesamtändernder Verfassungsgesetze	215
3. Die Erzeugung von Verfassungsgesetzen unter weitergehender Mitwirkung des Bundesrates	215
Exkurs: Die Erzeugung der Geschäftsordnung des Bundesrates	215
Exkurs: Der zeitliche Geltungsbereich von Bundesgesetzen	216
4. Kapitel: Die Mitwirkung des Nationalrates und des Bundesrates an der Vollziehung des Bundes	219
I. Die politischen Kontrollrechte	220
A. Das Interpellationsrecht	221
1. Das klassische Interpellationsrecht	222
2. Die Fragestunde	222
3. Die Aktuelle Stunde	223
B. Das Resolutionsrecht	223
C. Das Enqueterecht	223
II. Die Mitwirkung an der Setzung von Vollzugsakten	225
Exkurs: Das Haushaltsrecht des Bundes	226
I. Allgemeines	226
II. Grundbegriffe des Haushaltsrechts – Rechtsnatur des Bundesfinanzgesetzes	228
A. Grundbegriffe des Haushaltsrechts	228
1. Das Haushaltsrecht	228
2. Der Bundesvoranschlag (Budget, Etat)	228
3. Die Gebarung	228
4. Die Ziele der Haushaltsführung	229
5. Verrechnung und Rechnungslegung	229
B. Die Rechtsnatur des Bundesfinanzgesetzes	229
III. Grundsätze der Budgeterstellung	230
IV. Vorbereitung, Erstellung und Aufbau des Budgets	231
A. Die Vorbereitung des Budgets	231
B. Erstellung und Vorlage des Budgets	232
C. Inhalt und Aufbau des Budgets	232
1. Inhalt	232
2. Aufbau	233
V. Der Haushalt bei Fehlen eines Bundesfinanzgesetzes	234
A. Das automatische Budgetprovisorium	234
B. Bundesgesetzliche Budgetprovisorien	235
VI. Die Gebarung des Bundes	236
A. Die Ausgaben- und Einnahmengebarung	236
1. Allgemeines	236
2. Die Spezialität des Budgets	236
3. Vollzug der Einnahmen- und Ausgabengebarung	237
4. Budgetüberschreitungen	237
5. Instrumente des Konjunkturausgleiches	239
B. Die Schulden- und Vermögensgebarung	240
1. Die Schuldengebarung des Bundes	240
2. Die Vermögensgebarung des Bundes	240
VII. Gebarungsvollzug	241
VIII. Rechnungslegung und Bundesrechnungsabschluß	241

Vierter Teil: Die Vollziehung des Bundes

1. Kapitel: Arten, Prinzipien und Formen der Vollziehung	242
I. Arten der Vollziehung: Gerichtsbarkeit und Verwaltung	242
A. Allgemeines	243
B. Die Organe der Verwaltung	244
C. Die Trennung der Justiz von der Verwaltung	245
Exkurs: Die Privatwirtschaftsverwaltung	246
A. Allgemeines	247
B. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Privatwirtschaftsverwaltung	248
C. Die Problematik der Privatwirtschaftsverwaltung	248
II. Die Prinzipien der Vollziehung	251
A. Gesetz und Vollziehung	251
1. Das Ermessen	255
2. Der unbestimmte Gesetzesbegriff	256
B. Mittelbare und unmittelbare Vollziehung	256
C. Die wechselseitige Hilfeleistungspflicht	257
D. Die Amtsverschwiegenheit	258
E. Die Auskunftspflicht	259
F. Der Instanzenzug im Bereich der Verwaltung	261
III. Die Rechtsformen des Verwaltungshandelns	262
A. Allgemeines	262
B. Die Verordnung	263
1. Die Durchführungsverordnung	266
2. Die gesetzesvertretenden Verordnungen	267
3. Die gesetzesergänzenden Verordnungen	267
4. Die gesetzändernden Verordnungen	267
5. Die Kundmachung von Verordnungen	268
C. Der Bescheid	269
D. Unmittelbare behördliche Befehls- und Zwangsakte	270
E. Die Weisung	273
2. Kapitel: Der Bundespräsident	275
I. Die Rechtsstellung des Bundespräsidenten	276
A. Allgemeines	276
B. Die Bestellung des Bundespräsidenten	276
1. Die Wahl des Bundespräsidenten	276
2. Der Amtsantritt des Bundespräsidenten	278
C. Das Ende des Amtes des Bundespräsidenten	278
D. Rechte und Pflichten des Bundespräsidenten	279
E. Die Vertretung des Bundespräsidenten	279
II. Die Kompetenzen des Bundespräsidenten	280
A. Allgemeines	280
B. Die Kompetenzen, die dem Bundespräsidenten allein zustehen	281
C. Die Kompetenzen, die dem Bundespräsidenten über Vorschlag der Bundesregierung zustehen	281
1. Die völkerrechtliche Vertretung der Republik	281
2. Notverordnungen des Bundespräsidenten	282
3. Organisatorische Akte des Bundespräsidenten	283
4. Befugnisse des Bundespräsidenten in Personalangelegenheiten	283
5. Individualbefugnisse auf dem Gebiete des Strafrechts	285
6. Die Ehelicherklärung (Legitimation)	285
D. Die Kompetenzen, die dem Bundespräsidenten über Vorschlag anderer Organe zustehen	285
1. Die Kompetenzen, die der Bundespräsident nur über Vorschlag des Bundeskanzlers ausüben kann	285

	Seite
2. Die Kompetenzen, die der Bundespräsident nur über Vorschlag sonstiger Organe ausüben kann	285
E. Rechtsnatur und Form der Akte des Bundespräsidenten	286
3. Kapitel: Die Bundesregierung und ihre Mitglieder	286
I. Die Bundesregierung und ihre Mitglieder als oberste Organe der Bundesverwaltung	287
II. Die Mitglieder der Bundesregierung	288
A. Die Bestellung der Mitglieder der Bundesregierung	288
B. Die Rechtsstellung der Mitglieder der Bundesregierung	289
1. Die Verantwortlichkeit für die Amtsführung	289
2. Die Stellung der Mitglieder der BReg gegenüber dem NR und dem BR	290
3. Die Inkompatibilität der Mitgliedschaft zur BReg mit anderen öffentlichen Stellungen	290
4. Bezüge und Pensionen der BM und der Staatssekretäre	291
C. Die Vertretung bei zeitweiliger Verhinderung	291
1. Die Vertretung des Bundeskanzlers	291
2. Die Vertretung des Vizekanzlers	291
3. Die Vertretung der übrigen Bundesminister	291
4. Stimmrechtsübertragung	292
D. Die Amtserledigung	292
E. Die einstweilige Bundesregierung	293
F. Die Kompetenzen des Bundeskanzlers	293
III. Das Kollegialorgan Bundesregierung	294
A. Errichtung und innere Organisation	294
B. Die Kompetenzen der Bundesregierung	295
IV. Die Bundesminister und die Bundesministerien	295
A. Das Verhältnis zwischen Bundesminister und Bundesministerium ...	295
B. Errichtung, Wirkungsbereich und innere Organisation der Bundesministerien	296
1. Allgemeines	296
2. Die Zahl der Bundesministerien	296
3. Der Wirkungsbereich und die Geschäftsführung der Bundesministerien	297
4. Die innere Organisation der Bundesministerien	299
Exkurs: Die Staatssekretäre	300
4. Kapitel: Die weisungsfreien Verwaltungsbehörden	301
I. Allgemeines	301
II. Weisungsfreie Kollegialbehörden mit „richterlichem Einschlag“	302
III. Die Schulbehörden des Bundes in den Ländern	304
A. Die Landesschulräte	304
B. Die Bezirksschulräte	305
IV. Sonstige weisungsfreie Verwaltungsbehörden	305
A. Die akademischen Behörden	305
B. Die Berufungssenate gem §§ 263 ff BAO	306
C. Die Spruch- und Berufungssenate gem § 66 Abs 1 FinStG	306
D. Weisungsfreie Verwaltungsbehörden im Bereich des öffentlich-rechtlichen Dienstrechts	306
E. Der unabhängige Umweltsenat	306
F. Der unabhängige Bundesasylsenat	307
5. Kapitel: Verfassungsrechtlich vorgesehene sonstige Bundesbehörden	307
I. Allgemeines	307

	Seite
II. Bundespolizeibehörden, Sicherheitsdirektionen und bewaffnete Wachkörper	307
A. Die Bundespolizeibehörden.....	308
B. Die Sicherheitsdirektionen.....	308
C. Der Bundesminister für Inneres – die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit.....	309
D. Die Wachkörper	309
Exkurs: Die „Polizei“	311
III. Die Bundesfinanzverwaltung	314
6. Kapitel: Das Bundesheer.....	314
I. Die Wehrverfassung, der Rechtscharakter des Bundesheeres und das Wehrsystem	315
A. Die Wehrverfassung	315
B. Der Rechtscharakter des Bundesheeres.....	315
C. Das Wehrsystem	316
II. Die Kompetenz in militärischen Angelegenheiten	316
III. Die Leitung des Bundesheeres.....	317
A. Allgemeines	317
B. Die Verfügungsbefugnis	317
C. Die Befehlsgewalt	318
D. Der Oberbefehl	319
IV. Die Grundzüge der Heeresorganisation	319
V. Die Kompetenzen des Bundesheeres	320
Exkurs: Die Hilfeleistung durch österreichische Einheiten im Ausland auf Ersuchen Internationaler Organisationen	321
7. Kapitel: Die ordentliche Gerichtsbarkeit	322
I. Allgemeines	322
II. Die Organisation der Gerichtsbarkeit.....	324
III. Die Organe der Gerichtsbarkeit	327
A. Allgemeines	327
B. Die Richter.....	328
C. Die Rechtspfleger	330
D. Die Mitwirkenden aus dem Volk	331
1. Die Geschwornen.....	332
2. Die Schöffen	333
3. Sonstige Beteiligung Mitwirkender aus dem Volke.....	333
IV. Das Verfahren der Gerichtsbarkeit. Das Verbot der Todesstrafe	334
Fünfter Teil: Die Gesetzgebung und die Vollziehung der Länder	
Allgemeines.....	336
1. Kapitel: Die Gesetzgebung der Länder	337
I. Die Landtage	338
A. Wahl, Konstituierung und Auflösung der Landtage.....	338
1. Die Wahlen zum Landtag	338
2. Die Konstituierung des Landtags.....	339
3. Die Auflösung des Landtags.....	340
B. Die Rechtsstellung der Mitglieder der Landtage	340
C. Die Geschäftsführung in den Landtagen	341
D. Die Kompetenzen der Landtage	341
II. Der Weg der Landesgesetzgebung	342
A. Die Erzeugung von Landesgesetzen.....	342
B. Die Erzeugung von Landesverfassungsgesetzen.....	344

	Seite
III. Die Mitwirkung der Landtage oder des Volkes an der Landesvollziehung	345
A. Politische Kontrollrechte des Landtages	345
B. Das Haushaltsrecht und die Rechnungskontrolle der Länder	346
C. Mitwirkung des Volkes an der Landesvollziehung	346
2. Kapitel: Die Vollziehung der Länder	346
I. Die Organisation der Landesverwaltung	346
II. Die Landesregierung und ihre Mitglieder	348
A. Die Bestellung und Rechtsstellung der Mitglieder der Landesregierung	348
B. Die Landesregierungen und ihre Mitglieder als oberste Organe der Landesverwaltung	349
III. Das Amt der Landesregierung	351
IV. Die Landesagarsenate	352
V. Bundesverfassungsgesetzlich vorgesehene nachgeordnete Landesbehörden	353
A. Die Bezirkshauptmannschaften	353
B. Die Agrarbezirksbehörden	354
Exkurs: Die Verwaltung des Bundes im Bereich der Länder	354
A. Unmittelbare und mittelbare Bundesverwaltung	355
B. Die Organe der mittelbaren Bundesverwaltung	356
1. Der Landeshauptmann als Träger der mittelbaren Bundesverwaltung	356
2. Die Behörden der mittelbaren Bundesverwaltung	357
C. Der Instanzenzug in der mittelbaren Bundesverwaltung	358
D. Die Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes im Bereich der Länder	358
Exkurs: Das Verhältnis der Länder zueinander	359
A. Gliedstaatsverträge	360
B. Gemeinsame Vollziehung mehrerer Länder	362
C. Grenzänderungen	362

Sechster Teil: Die Selbstverwaltung

I. Begriff und verfassungsrechtliche Problematik der Selbstverwaltung	363
II. Die Gemeinden	365
A. Allgemeines	366
B. Die Arten der Gemeinden	368
C. Die Gemeindeorgane	369
D. Das Verwaltungshandeln der Gemeinde	372
E. Der eigene Wirkungsbereich der Gemeinde	373
1. Allgemeines	373
2. Der Umfang des eigenen Wirkungsbereichs	374
3. Änderungen des eigenen Wirkungsbereichs	375
4. Die Aufsicht über den eigenen Wirkungsbereich	376
F. Der übertragene Wirkungsbereich der Gemeinde	379
G. Die Gemeindeverbände	379
III. Die Gemeinde Wien	380
A. Allgemeines	381
B. Die Organe der Stadt Wien	381
1. Der Gemeinderat	381
2. Der Stadtsenat	382
3. Der Bürgermeister	383
4. Der Magistrat der Stadt Wien	383
C. Der Instanzenzug in der Stadt Wien und die Kontrolle ihrer Organe	384
1. Der Instanzenzug in der Gemeindeverwaltung	385
2. Der Instanzenzug in der Landesverwaltung	385

	Seite
3. Die Kontrolle der Gemeindeorgane in bezug auf ihre Tätigkeit im Rahmen der Gemeindevollziehung	386
IV. Die gesetzlichen Berufsvertretungen	387
A. Allgemeines	387
B. Die Wirtschaftskammern	388
1. Die Organisation der Wirtschaftskammern	388
2. Die Organe der Wirtschaftskammern	389
C. Die Kammern für Arbeiter und Angestellte	389
D. Die Landwirtschaftskammern	390
E. Sonstige gesetzliche Berufsvertretungen	390
Siebenter Teil: Rechtsschutz und Kontrolle	
1. Kapitel: Die unabhängigen Verwaltungssenate in den Ländern	391
I. Allgemeines	392
II. Die Organisation der UVS	393
A. Die Stellung der UVS in der Behördenorganisation	393
B. Die Mitglieder der UVS	393
C. Die Organe der UVS	394
III. Die Kompetenzen der UVS	395
A. Allgemeines	395
B. Verfahren wegen Verwaltungsübertretungen	396
C. Beschwerden gegen Akte unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt (Maßnahmebeschwerden)	396
D. „Sonstige Angelegenheiten“	397
E. Säumnisschutz in Privatanklagesachen, im landesgesetzlichen Abgabenstrafrecht und in den „sonstigen Angelegenheiten“	397
2. Kapitel: Der Verwaltungsgerichtshof	397
I. Allgemeines	398
A. Die Rechtsgrundlagen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	398
B. Das System der österreichischen Verwaltungsgerichtsbarkeit und deren rechtspolitische Gründe	399
II. Die Organisation des Verwaltungsgerichtshofes	400
A. Die Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes	401
B. Die Organe des Verwaltungsgerichtshofes	402
III. Die Kompetenzen des Verwaltungsgerichtshofes	405
A. Die Kompetenzen im allgemeinen	405
B. Die Bescheidbeschwerde	407
C. Die Säumnisbeschwerde	411
D. Die Weisungsbeschwerde	412
IV. Das Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof	413
A. Die Parteien des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens und ihre Rechte	413
B. Die Einleitung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	415
C. Prozeßvoraussetzungen im Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof	422
D. Die Einstellung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	423
E. Die Ablehnung der Behandlung einer Beschwerde in einer Verwaltungsstrafsache	426
F. Das Vorverfahren im Rahmen des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	427
G. Die Verhandlung im verwaltungsgerichtlichen Verfahren	428
H. Gegenstand des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	429
I. Das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes	432
1. Form des Erkenntnisses	433

	Seite
2. Inhalt des Erkenntnisses	433
3. Wirkung des Erkenntnisses	436
J. Die Kosten des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	437
K. Wiedereinsetzung und Wiederaufnahme im Verwaltungsgerichtshof- verfahren	438
3. Kapitel: Der Verfassungsgerichtshof	441
I. Allgemeines	442
II. Die Organisation des Verfassungsgerichtshofes	442
A. Die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes	442
B. Die Organe des Verfassungsgerichtshofes	445
III. Das Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof	447
A. Inhalt und Form der Eingaben	447
B. Das Vorverfahren	448
C. Die Verhandlung	448
D. Das Erkenntnis	449
E. Die Verfahrenskosten	449
F. Subsidiäre Anwendung der ZPO	449
IV. Die Kompetenzen des Verfassungsgerichtshofes	450
A. Kausalgerichtsbarkeit	450
B. Kompetenzgerichtsbarkeit	451
1. Allgemeines	452
2. Entscheidung von Kompetenzkonflikten	452
3. Kompetenzfeststellung	455
C. Prüfung von Vereinbarungen	458
D. Prüfung von Verordnungen	459
1. Gegenstand der Verordnungsprüfung	460
2. Maßstab der Verordnungsprüfung	460
3. Anfechtungsbefugnis und Anfechtungsberechtigung	462
4. Anfechtungsverfahren	465
5. Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes	466
6. Rechtswirkungen des Erkenntnisses	467
E. Prüfung von Wiederverlautbarungen	469
1. Gegenstand der Wiederverlautbarungsprüfung	469
2. Maßstab der Wiederverlautbarungsprüfung	470
3. Anfechtungsbefugnis und Anfechtungsberechtigung	470
4. Anfechtungsverfahren	471
5. Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes	471
6. Rechtswirkungen des Erkenntnisses	472
F. Prüfung von Gesetzen	473
1. Gegenstand der Gesetzesprüfung	473
2. Maßstab der Gesetzesprüfung	475
3. Anfechtungsbefugnis und Anfechtungsberechtigung	476
4. Anfechtungsverfahren	479
5. Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes	479
6. Rechtswirkungen des Erkenntnisses	481
G. Prüfung von Staatsverträgen	482
H. Wahlgerichtsbarkeit	484
1. Überprüfung von Wahlen	484
2. Ausspruch des Mandatsverlustes	487
3. Anfechtung des Ergebnisses von Volksbegehren, Volksbefragun- gen und Volksabstimmungen	488
I. Staatsgerichtsbarkeit	489
1. Gegenstand und Maßstab der staatsrechtlichen Verantwortlich- keit	490

	Seite
2. Anklageverfahren.....	491
3. Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes.....	492
J. Sonderverwaltungsgerichtsbarkeit.....	492
1. Gegenstand der Prüfung.....	493
2. Maßstab der Prüfung.....	494
3. Anfechtungsberechtigung.....	495
4. Anfechtungsverfahren.....	496
5. Entscheidungsbefugnis des Verfassungsgerichtshofes.....	497
Exkurs: Die Grundrechtsbeschwerde an den OGH.....	500
K. Der Verfassungsgerichtshof als Völkerrechtsgerichtshof.....	501
V. Die Exekution der Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes.....	501
 4. Kapitel: Der Rechnungshof.....	 502
I. Allgemeines.....	502
II. Die Organisation des Rechnungshofes.....	504
A. Die Organwalter des Rechnungshofes.....	504
1. Personelle Zusammensetzung.....	504
2. Die Bestellung der Organwalter.....	504
3. Diensthoheit.....	504
4. Die Rechtsstellung der Organwalter.....	505
B. Die Leitung des Rechnungshofes.....	505
III. Die Kompetenzen des Rechnungshofes.....	506
A. Die Verfassung des Bundesrechnungsabschlusses.....	506
B. Die Mitwirkung bei der Begründung von Finanzschulden.....	507
C. Einkommenserhebung im Bereich der öffentlichen Wirtschaft.....	507
D. Die Kontrolle der Gebarung von Bund, Ländern und anderen Rechtsträgern.....	507
1. Die Gegenstände der Überprüfung.....	507
2. Die Initiative zur Prüfung.....	510
3. Die Maßstäbe der Überprüfung.....	511
4. Die Prüfungsmittel.....	511
5. Bekanntgabe und Berichtspflicht.....	512
E. Mitwirkung des Rechnungshofes bei der Erlassung von Verord- nungen.....	513
F. Die Mitwirkung des Rechnungshofes in Angelegenheiten des Rechnungswesens und in Personalangelegenheiten.....	513
1. Die Mitwirkung des Rechnungshofes in Angelegenheiten des Rechnungswesens.....	513
2. Die Mitwirkung des Rechnungshofes in Angelegenheiten des Personalwesens.....	514
 5. Kapitel: Die Volksanwaltschaft.....	 514
I. Allgemeines.....	515
II. Die Organisation der Volksanwaltschaft.....	516
A. Die Mitglieder der Volksanwaltschaft.....	516
B. Der Vorsitzende der Volksanwaltschaft.....	518
C. Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung.....	518
D. Die interne Willensbildung.....	519
III. Die Kompetenzen der Volksanwaltschaft.....	520
IV. Der Umfang der Kontrolle durch die Volksanwaltschaft.....	521
V. Verfahren und Mittel zur Abstellung von Mißständen.....	521
A. Die Initiative zur Kontrolle.....	521
B. Die Mittel der Prüfung.....	522
C. Das Verfahren vor der Volksanwaltschaft.....	523

	Seite
D. Die Maßnahmen der Volksanwaltschaft	524
E. Berichtspflicht	525
6. Kapitel: Amtshaftung, Organhaftung und Staatshaftung	525
I. Allgemeines	525
II. Die Amtshaftung	526
A. Die materielle Regelung des Amtshaftungsanspruchs	527
1. Tatbestand und Umfang der Haftung	527
2. Der Ausschluß der Haftung des Rechtsträgers und die Verjährung des Anspruchs	530
B. Die materielle Regelung des Rückgriffsanspruchs	531
C. Die verfahrensrechtliche Durchsetzung des Amtshaftungsanspruchs	532
D. Die verfahrensrechtliche Durchsetzung des Regreßanspruchs	533
III. Die Organhaftung	534
A. Die materielle Regelung der Organhaftpflicht	534
1. Der Haftungstatbestand und der Umfang der Haftung	534
2. Der Ausschluß der Haftung des Organwalters und die Verjährung des Anspruchs	535
3. Die Aufrechnung von Ansprüchen des Rechtsträgers	536
B. Die verfahrensrechtliche Durchsetzung des Anspruchs aus der Organhaftung	536
IV. Der Verzicht des Bundes auf Ersatzforderungen	537
V. Staatshaftung	537

Achter Teil: Die verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte (Die Grund- und Freiheitsrechte)

I. Allgemeines	538
1. Der Begriff der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte ...	543
2. Die historische Entwicklung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte	544
3. Die Unterscheidung in Menschenrechte und Bürgerrechte	545
4. Grundrechtssubjektivität	545
5. Liberale, politische und soziale Rechte	546
6. Grundrechte als verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte des einzelnen und als Schranken der Gesetzgebung	547
7. Das Problem der Drittwirkung	548
8. Institutsgarantien und institutionelle Garantien	550
9. Der Gesetzesvorbehalt	550
10. „Suspendierung“ von Grundrechten?	552
II. Die Rechtsquellen der Grundrechte	552
III. Die bestehenden verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte	554
A. Der Gleichheitsgrundsatz	554
1. Allgemeines	556
2. Gleichheitssatz und generelle Norm	559
3. Gleichheitsgrundsatz und individuelle Norm	565
B. Die gleiche Zugänglichkeit zu öffentlichen Ämtern	566
C. Das Recht der Freizügigkeit der Person und des Vermögens; die Freiheit des Aufenthaltes, der Einreise und der Auswanderung	568
1. Das Recht der Freizügigkeit der Person und des Vermögens	568
2. Die Freiheit des Aufenthaltes. Schutz vor Ausweisung und Auslieferung	569
3. Die Freiheit der Einreise	570
4. Die Auswanderungsfreiheit	570
D. Das Recht auf Unverletzlichkeit des Eigentums	570
1. Allgemeines	572

	Seite
2. Gesetzesvorbehalt und Enteignung	574
3. Eigentumsbeschränkungen	576
4. Eigentumsrecht und Vollziehung	577
5. Rückübereignung	577
E. Die Freiheit des Liegenschaftserwerbs	578
F. Die Aufhebung des Untertänigkeits- und Hörigkeitsverbandes	580
G. Die Freiheit der Erwerbstätigkeit	580
H. Der Schutz der persönlichen Freiheit	583
1. Allgemeines	584
2. Der Umfang des Grundrechtes	586
3. Die Zulässigkeit von freiheitsentziehenden Maßnahmen im allge- meinen	587
4. Fälle der Freiheitsentziehung	588
5. Die Rechte von Personen, denen die Freiheit entzogen wurde ...	590
I. Das Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter	591
1. Allgemeines	591
2. Gesetzlicher Richter und Gesetzgebung	592
3. Gesetzlicher Richter und Vollziehung	592
J. Die Unverletzlichkeit des Hausrechts	594
1. Allgemeines	594
2. Begriff der Hausdurchsuchung	595
3. Hausdurchsuchung im Dienste der Strafjustiz	595
4. Hausdurchsuchungen im Bereich der Verwaltung	596
K. Der Schutz des Briefgeheimnisses	597
L. Der Schutz des Fernmeldegeheimnisses	598
M. Das Petitionsrecht	598
N. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit	599
O. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Zensurfreiheit	602
1. Allgemeines	603
2. Umfang der Meinungsfreiheit und Gesetzesvorbehalt	604
3. Meinungsfreiheit und Vollziehung	606
4. Pressefreiheit	606
P. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit	607
Q. Die Rechtsstellung der Kirchen und Religionsgesellschaften	609
R. Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre; Freiheit der Kunst ...	611
1. Wissenschaftsfreiheit	613
2. Kunstfreiheit	614
S. Die Unterrichtsfreiheit; das Recht auf Gewährung des Öffentlich- keitsrechts; das Recht auf Bildung	614
T. Die Freiheit der Berufswahl und der Berufsausbildung	615
U. Die Rechte der Minderheiten	616
V. Das Recht auf Leben	621
W. Das Recht auf ein gerichtliches Verfahren in Zivil- und Strafsachen	622
X. Das Recht auf Datenschutz	633
Y. Das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, der Woh- nung und des Briefverkehrs	636
1. Allgemeines	636
2. Schutzbereich	637
3. Der Eingriffsvorbehalt	638
Z. Weitere verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte	639
Exkurs: Das Rechtsschutzsystem der MRK	639
Rechtsquellenregister	641
Sachregister	661